

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PRESSEMITTEILUNG

KREISVERBAND TÜBINGEN
Kreisgeschäftsstelle
Poststr. 2-4
72072 Tübingen
Tel: 07071 51496

buero@gruene-tuebingen.de
www.gruene-tuebingen.de

Tübingen, 22.08.2020

Wir haben Platz für Ortskräfte aus Afghanistan!

Der Kreisverband Tübingen und der Stadtverband Tübingen von Bündnis 90/ Die Grünen, die Gemeinderatsfraktion AL/Grüne Tübingen, die Alternative und Grüne Liste Tübingen e.V., die Ortsverbände von Bündnis 90/Die Grünen Kirchentellinsfurt, Rottenburg, Steinlach-Wiesaz und die Grüne Jugend Tübingen fordern die Kommunen im Kreis Tübingen auf, afghanische Ortskräfte und ihre Familien aufzunehmen.

Nach der Machtübernahme der Taliban bangen Afghan*innen um ihr Leben und ihre Sicherheit und viele versuchen, das Land schnell zu verlassen. Die Ereignisse in Afghanistan sind bestürzend und ins-besondere Frauen, Menschenrechtler*innen und LGBTQIA+ müssen um ihre Entrechtung oder ihr Leben fürchten. Der Schutz und die Rettung derjenigen, die deutsche Soldat*innen, NGOs und Entwicklungshelfer*innen unterstützt haben, hat nun oberste Priorität.

In der Bundesrepublik werden gleichzeitig gezielt Ressentiments gegen den Zuzug von geflüchteten Afghan*innen geschürt mit dem Verweis, „2015 dürfe sich nicht wiederholen“. Dieser rechtspopulistischen Panikmache widersprechen wir entschlossen. Das Augenmerk sollte nun darauf liegen, die Menschen zu retten, die sich Jahre lang an unserer Seite für eine offene Gesellschaft engagiert haben.

Marin Pavicic-Le Déroff vom Stadtvorstand Tübingen und Mitglied der Grünen Jugend erklärt: „Ortskräfte sind Menschen, die sich erheblichen Risiken ausgesetzt haben, um unsere Einsatzkräfte vor Ort zu unterstützen. Sie taten dies in der Hoffnung und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft und den deutschen Staat.“

Die Kapazitäten, Ortskräfte und vom Tode bedrohte Afghan*innen und ihre Familien in unseren Kom-munen aufzunehmen, bestehen. Bereits 2019 haben sich die Kreisstädte Tübingen und Rottenburg so-wie der Landkreis Tübingen zum „sicheren Hafen“ erklärt und mit den Zielen der Seebrücke solidarisiert. Rottenburg hat im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ diese Ziele vorangebracht. Viele Kommunen haben auch ihre Bereitschaft signalisiert, zu helfen und Ortskräfte aufzunehmen. Ministerpräsident Kretschmann sagte schon am Montag: "Das Land Baden-Württemberg steht selbstverständlich zur Unterstützung bereit und wird Menschen aus Afghanistan aufnehmen." Diesen Solidaritätsbekundungen wollen wir nun Taten folgen lassen.

Deshalb sagen wir: Tübingen hat Platz!